

tage treten. Zeitgleich gewinnen in Krisenzeiten rechtspopulistische Parteien an Zuspruch, die das Misstrauen gegenüber Eliten unter dem Deckmantel der „Volksnähe“ instrumentalisieren (vgl. auch ausführlich Aschauer & Heinz, 2022, 4f.).

Dieser kurze Abriss zeigt auf, dass Krisen und Krisenwahrnehmungen durch gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse mitgeprägt sind und die gesamtgesellschaftliche Deutungshoheit über den Krisenzustand oftmals nicht bei jenen liegen muss, die von Krisen betroffen sind. Was die Jahre 2020 bis 2022 in diesem Kontext jedoch so relevant machen, ist die Tatsache, dass die Corona-Krise eine Situation darstellte, die für weite Teile der Bevölkerung in Österreich – aber auch der Welt – einen direkt erlebbaren und für die lebenden Generationen noch nie dagewesenen Umbruch im Alltag und in einer zeitlich nicht abschätzbaren Ausnahmesituation mit sich brachte (siehe auch Aschauer et al., 2022). Dies schuf einen breiten Konsens, dass sich die Gesellschaft in einer Krisensituation befindet – aber die Deutung, was genau diese Krise ausmacht und wie sie bewältigt werden soll, fiel sehr unterschiedlich aus.

Im nächsten Abschnitt wollen wir nun chronologisch den Verlauf der Pandemie in Österreich darstellen und die Entwicklungen über die letzten drei sozial turbulenten Jahre in Österreich nachzeichnen (Abschnitt 3). Nach einem näheren Überblick über die Datenbasis unserer Umfrage (Abschnitt 4) folgt eine differenzierte Vorschau zu den einzelnen Beiträgen des Buches (Abschnitt 5). In Abschnitt 6 skizzieren wir, welche längerfristigen Folgen der Pandemie und der gegenwärtigen mehrfachen Krisenkonstellation in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären feststellbar sind.

3 Der Pandemieverlauf in Österreich – ein Rückblick

Seit März 2020 befand sich schrittweise die ganze Welt im Krisenmodus. Die Covid-19-Pandemie breitete sich über die gesamte Welt aus, wobei die verschiedenen Virus-Mutanten in unterschiedlichen zeitlichen Rhythmen und Intensitäten, genauso wie die länderspezifisch unterschiedlichen Reaktionen im Umgang mit dem Virus, unterschiedlichste soziale und wirtschaftliche Auswirkungen mit sich brachten. Seit Pandemie-Beginn gab es weltweit über 675 Millionen bestätigte COVID-19-Infektionen und knapp

6,9 Millionen bestätigte Todesfälle aufgrund von COVID-19⁶; in Österreich wurden bis zum Ende von COVID-19 als meldepflichtige Erkrankung über 6 Millionen bestätigte COVID-19-Infektionen und über 22 000 Personen, die an oder mit einer Covid-Infektion gestorben sind, berichtet.⁷

In Österreich wurde im März 2020 der erste Lockdown ausgerufen, der schlagartig mit einschneidenden Veränderungen des Alltags einherging, wie etwa durch Kontaktbeschränkungen, Umstiege auf Distance Teaching bzw. Learning oder Homeoffice-Regelungen sowie diverse Quarantänebestimmungen und Meldepflichten bei einer Infektion mit dem Virus.⁸ Nach einer Phase der Öffnung der Gesellschaft ab Mai 2020 und einem ersten Sommer der wiedererlangten Freiheit erreichte Österreich im Herbst 2020 erneut eine Welle der Pandemie. Aufgrund von hohen Todeszahlen, verbunden mit einer deutlichen Überlastung der Spitäler in Österreich, verhängte die Politik einen weiteren Lockdown und führte Steuerungsmaßnahmen wie etwa die Corona-Ampel ein (Pollak et al., 2020). Bereits nach weniger als einem Jahr Pandemie wurden Massentests und weitere Lockdowns verhängt und (Pollak et al., 2021) – deutlich früher als erwartet – auch erste Impfstoffe zugelassen, was im Frühjahr 2021 einen Hoffnungsschimmer auslöste, die Pandemie bald bewältigt zu haben. Parallel dazu kamen erste Mutationen des Virus auf, die allerdings neue Unsicherheiten in der Einschätzung des Virus aus Expert*innensicht, vonseiten der Politik und in breiten Teilen der Bevölkerung auslösten. Inmitten der zweiten Erhebungswelle der VIC-Studie (März/April 2021) wurde ein Lockdown in den östlichen Bundesländern Österreichs ausgerufen, die besonders stark von der Verbreitung der Alpha-Mutation (damals auch „britische Variante“ genannt) betroffen waren. Man war in Österreich – sowie auch in vielen anderen Ländern – im Frühjahr 2021 überzeugt davon, die Ausbreitung des Virus durch das breite Ausrollen der Impfung verlangsamen oder gar eindämmen zu können. Jedoch war die Bereitschaft zur Impfung in Österreich geringer als in anderen Ländern und neue Varianten des Virus (insbesondere die Delta-Mutation und später auch Omikron) konnten die Schutzwirkung der Impfung umgehen (Schernhammer et al., 2022). So schlitterte Österreich im Herbst 2021 während der Delta-Welle erneut in

6 Siehe: <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>, letzter Zugriff 11.9.2023

7 Siehe: <https://orf.at/corona/daten/oesterreich>, letzter Zugriff 11.9.2023

8 Unser erster Band zur österreichischen Gesellschaft während der Corona-Pandemie bezieht sich vorrangig auf diese Phase, weshalb hier nicht näher darauf eingegangen wird (vgl. insbesondere Aschauer, Prandner & Glatz, 2022, 8ff.).

eine für das Gesundheitssystem prekäre Lage. Mitte November 2021 wurde schließlich wiederum ein bundesweiter Lockdown ausgerufen, der aber nur die Ungeimpften traf. Nicht geimpfte Personen waren über knapp drei Monate vom öffentlichen Leben abgeschnitten, sie durften die eigenen vier Wände nur zur Deckung der von der Regierung benannten Grundbedürfnisse verlassen. Zumindest Teile dieses Lockdowns wurden jüngst vom Verfassungsgerichtshof als rechtswidrig eingestuft.⁹

In größeren Teilen der Bevölkerung hatte sich im Herbst 2021 eine gewisse Pandemiemüdigkeit bzw. Corona-Maßnahmenmüdigkeit eingestellt, wobei die mentale Gesundheit zunehmend in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückte (siehe auch: Simon et al., 2021; Hartwig, 2022). Meinungsunterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften nahmen stetig zu. Im Hin und Her von Abstandsregelungen sowie populistisch motivierten, oftmals von Expert*innen als überhastet angesehenen Öffnungsschritten und erneuteten Isolationszuständen im Lockdown entfaltete die Pandemie ihre zermürbende Wirkung. Jene, die den Maßnahmen kritisch gegenüberstanden, machten oftmals die politischen Entscheidungsträger*innen und die so genannten Mainstream-Medien für die Misere verantwortlich und fühlten sich in ihren Grund- und Freiheitsrechten eingeschränkt. Auf der anderen Seite wurden von den Unterstützer*innen der Corona-Politik die ungeimpften Personen für die Lage in den Intensivstationen, für hohe Infektionszahlen und für die fehlende Entspannung der Situation verantwortlich gemacht. Dies führte zu ideologischen Spannungen und Wertekonflikten in der Bevölkerung, die nicht nur zwischen unterschiedlichen politischen Lagern, sondern auch innerhalb von Familien stattfanden (z.B. Zartler et al., 2022). Zusätzlich ging mit der Kritik an den Coronamaßnahmen auch ein Vertrauensverlust in die Politik einher (Pajek, 2023; Heinz et al., 2023; Rathkolb & Aichholzer, 2021). Vor allem jene, die den Maßnahmen bzw. der Impfung skeptisch gegenüberstanden, schienen sich immer stärker von der Politik zu entfernen. Dies bereitete den Nährboden für eine zunehmende Radikalisierung unter einigen Corona-Maßnahmengegner*innen, die durch Wissenschaftsfeindlichkeit und durch die Anfälligkeit für Verschwörungserzählungen gekennzeichnet waren (Fuchs., 2022; Pisoiu, 2021; Wodak, 2022). Dies führte auch zum raschen Erfolg neuer

9 So zählt beispielweise der (den Ungeimpften verwehrte) Besuch eines Friseurs ebenfalls zu den Grundbedürfnissen und hätte von den Bestimmungen ausgenommen werden müssen (siehe https://www.vfgh.gv.at/medien/Covid_Kunst_Religion_Grundbeduerfnisse.php, letzter Zugriff 11.9.2023).

Parteien, wie beispielsweise der MFG (Menschen-Freiheit-Grundrechte), die als Plattform für die Kritik an bestehenden Corona-Maßnahmen reüssieren konnten (Praprotnik, 2023; Kritzinger & Wagner, 2022). Dabei muss jedoch festgehalten werden, dass weitreichende Proteste gegen die Corona-Politik von der Mehrheit der Bevölkerung als falsch und irrational angesehen wurden (Anton & Schink, 2021, 202-206).

Als die Ukraine im Februar 2022 von Russland angegriffen wurde, stand ganz Europa erneut unter Schock und musste angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen am eigenen Kontinent rasch reagieren. Neben stark ansteigenden Flüchtlingsbewegungen und einer breiten Solidaritätswelle mit der Ukraine, die auch innerhalb der österreichischen Bevölkerung spürbar war, wurden rasch auch die ökonomischen Folgen des Krieges deutlich (Liadze et al., 2023). Diese offenbarten sich vorerst in einer Energie- und Inflationskrise, welche die Zukunftserwartungen für die Zeit nach Bewältigung der Pandemie deutlich verdunkelt haben (vgl. dazu auch Aschauer & Prandner in diesem Band). Zudem wurde rasch ersichtlich, dass gerade weniger privilegierte Gruppen in der Gesellschaft besonders unter den drastischen Preissteigerungen zu leiden haben (Koch & Neusser, 2022). In diesen Zeitraum fällt schließlich die dritte Values-in-Crisis-Erhebungswelle im Juli 2022 und markiert den Übergang von der Pandemie zur aktuellen multiplen Krisenkonstellation. Die ökonomische, politische und soziale Entwicklung Österreichs war zu diesem Zeitpunkt ungewiss und in allen gesellschaftlichen Sphären waren Destabilisierungsprozesse offenkundig. In ökonomischer Hinsicht versuchte die Regierung mittels breitflächiger Maßnahmen, die von WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut) und IHS (Institut für Höhere Studien) im Rückblick als wenig treffsicher beschrieben werden¹⁰, die Krisenfolgen aufgrund der galoppierenden Inflation zumindest teilweise abzufedern. In politischer Hinsicht verlor die Regierung, die zusätzlich zum breit kritisierten Pandemiemanagement auch mit Korruptionsvorwürfen und koalitionsinternen Auffassungsunterschieden konfrontiert war, zunehmend an Vertrauen in Teilen der Bevölkerung, was sich nicht nur in einschlägigen Studien, sondern in Umfragetrends zur Sonntagsfrage eindeutig niederschlug. Den rechtspopulistischen Parteien (FPÖ und MFG) gelang es – insbesondere in den besonders virulenten Phasen der Pandemie – das Lager der Corona-Maßnahmengegner*innen

10 Siehe: https://www.wifo.ac.at/news/news_detail?j-cc-id=1653000677014&j-cc-node=news, letzter Zugriff 12.9.2023

anzusprechen, wobei vor allem die FPÖ im Jahr 2022 in den Wahlumfragen deutlich zulegen konnte¹¹. Die gesellschaftspolitisch neu aufgeflammteten Auseinandersetzungen rund um ideologische Grundpositionen, Wertorientierungen und Verteilungsfragen verdeutlichen, dass sich innerhalb der österreichischen Bevölkerung Prozesse der gesellschaftlichen Spaltung in der Pandemie entwickelt haben. Unklar ist, wie diese Entwicklungen angesichts der gegenwärtigen Mehrfachkrisen fortschreiten. Innerhalb dieser Gemengelage setzen wir nun mit unserem Buch an, um empirische Befunde zur gesellschaftlichen Lage in Österreich zu liefern.

Die Pandemie war zu diesem Zeitpunkt bereits stark in den Hintergrund getreten (Walcherberger et al., 2022). Auch wenn bis heute (Stand Herbst 2023) Infektionen weiterhin stattfinden und Expert*innen auf Grund von Abwassermessungen neue Infektionswellen befürchten, lässt sich mittlerweile eine Gewöhnung an den Umgang mit dem Virus in der Bevölkerung feststellen. Zudem wird in medizinischen Kreisen davon ausgegangen, dass in zahlreichen Ländern – so auch in Österreich – durch die breit ausgerollte Impfung sowie durch durchlebte COVID-19-Infektionen inzwischen eine gute Grundimmunität aufgebaut werden konnte, die sich vermutlich ebenfalls auf die aktuell primär leichten Krankheitsverläufe auswirkt. COVID-19 hat also im Jahr 2022 für weite Teile der Bevölkerung seinen Schrecken verloren und ist im Jahr 2023 zunehmend aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden. Auch aus Sicht der österreichischen Behörden zählt das Virus seit Juli 2023 nicht mehr als meldepflichtige Krankheit¹². Doch die Begleiterscheinungen der Pandemie, die sozialen und psychologischen Wirkungen der Lockdowns, die dramatischen ökonomischen Folgen, die sich manifestierende Vertrauenskrise in die Politik und die sich vertiefenden Gräben über den richtigen Umgang mit dem Virus in der Bevölkerung, haben Spuren in Österreich hinterlassen und das gesellschaftliche Leben teils nachhaltig verändert.

Die Ausführungen zum Krisenverlauf machen deutlich, dass Kontinuitäten und Veränderungen von Wertorientierungen, Einstellungen, Meinungen und Stimmungslagen notwendigerweise untersucht werden müssen, um Prozesse des sozialen Wandels in der österreichischen Gesellschaft

11 Siehe z.B. <https://politpro.eu/de/oesterreich/wahlumfragen/50352/peter-hajek/2023-06-22>, letzter Zugriff 12.9.2023.

12 Siehe: <https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Uebertragbare-Krankheiten/Infektionskrankheiten-A-Z/Neuartiges-Coronavirus.html#:~:text=Seit%20de%20Juli%202023,unterliegen%20auch%20keiner%20Verkehrsbeschr%C3%A4nkung%20mehr.>, letzter Zugriff 12.9.2023